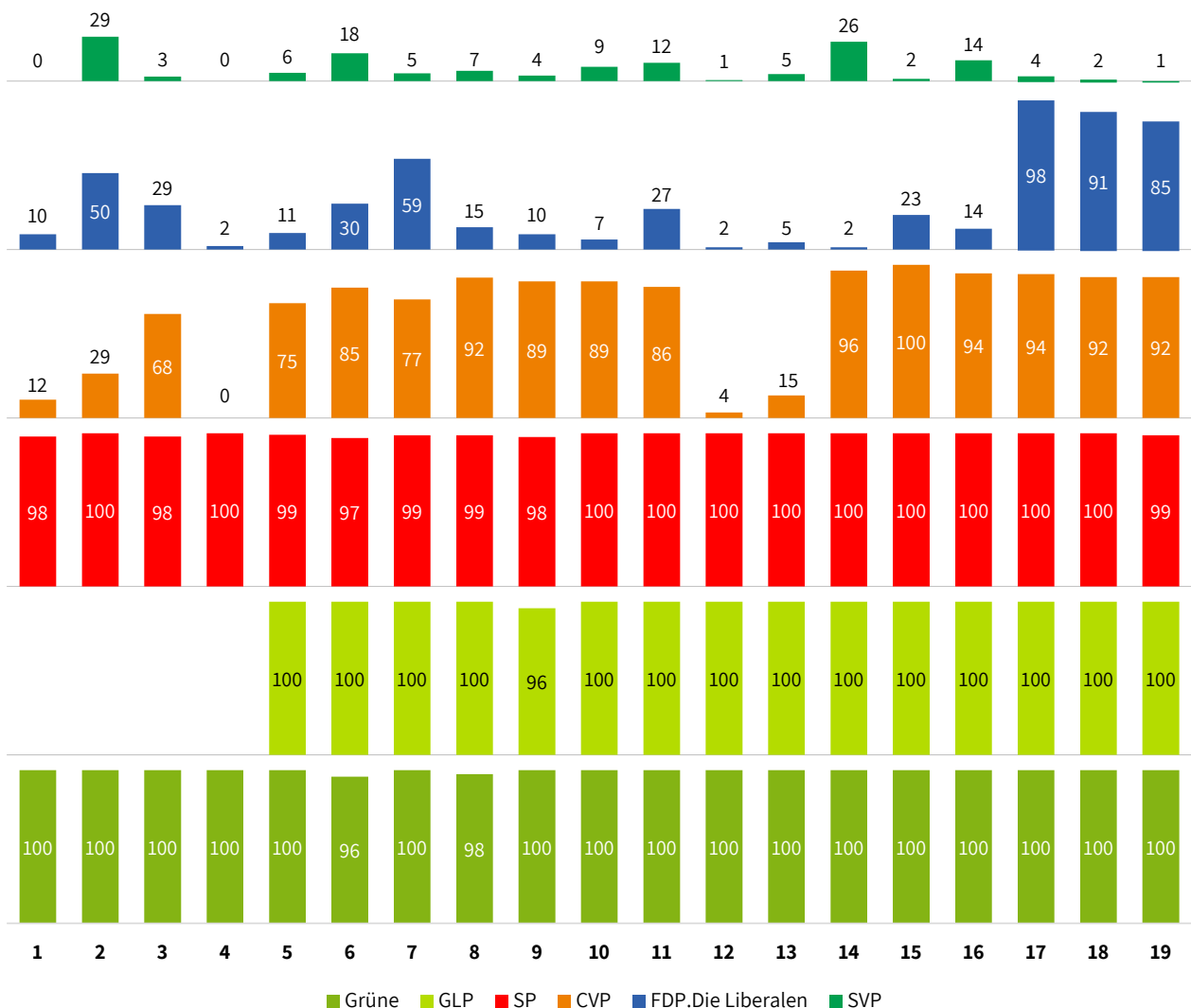


# Welche Parteien setzen sich für Klimaschutz und Energiesicherheit ein?

Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens zwischen 1998 und 2020



Eine Analyse im Auftrag von Greenpeace Schweiz

**Projektteam:**

Jonas Schälle, Sozialwissenschaftler

Carole Gauch, Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin



Ein grosser Teil dieser Energiestrategie besteht darin, uns weniger auslandabhängig zu machen. Heute liegt im Energiebereich die Auslandsabhängigkeit bei 80 Prozent. [...]

Wir wollen hier eine gewisse einheimische Produktion sicherstellen, weil es hier um gewisse Bereiche geht, die von strategischer Bedeutung sind.



**Doris Leuthard**

ehemalige Bundesrätin und Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) während der Nationalratsdebatte zur Energiestrategie 2050, am 2. März 2016

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Vorgehen</b> .....	<b>5</b>
2.1	Selektion der relevanten Geschäfte und Abstimmungen.....	5
2.2	Berechnungsmethode .....	6
2.3	Auswahl der Parteien .....	6
<b>3</b>	<b>Relevante Abstimmungen</b> .....	<b>7</b>
3.1	Kurzbeschreibung der einzelnen Abstimmungen.....	8
<b>4</b>	<b>Ergebnisse</b> .....	<b>13</b>
4.1	Überblick Abstimmungsverhalten der Parteien .....	14
4.2	Das Abstimmungsverhalten im Detail: Grüne, GLP und SP .....	16
4.3	Das Abstimmungsverhalten im Detail: EVP, BDP und CVP .....	18
4.3.1	Detailanalyse CVP .....	20
4.4	Das Abstimmungsverhalten im Detail: FDP.Die Liberalen und SVP .....	22
4.4.1	Detailanalyse FDP.Die Liberalen .....	24
4.4.2	Detailanalyse SVP .....	26
<b>5</b>	<b>Fazit</b> .....	<b>27</b>
<b>6</b>	<b>Projektteam</b> .....	<b>28</b>
<b>7</b>	<b>Anhang</b> .....	<b>29</b>
7.1	Relevante Volksabstimmungen 1998-2020 .....	29
7.2	Relevante Volksinitiativen 1998-2020.....	30
7.3	Abstimmungsprotokolle.....	31

Bern, 22. Mai 2023

politimpuls GmbH  
Postgasse 15  
Postfach 817  
3000 Bern 8

[www.politimpuls.ch](http://www.politimpuls.ch)  
[info@politimpuls.ch](mailto:info@politimpuls.ch)  
031 313 34 34

# 1 Einleitung

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der drohenden Energiemangellage im Winter 2022/23 rückte die Energiepolitik in der Schweiz und in ganz Europa zuoberst auf die politische Agenda. Die Forderung nach einer zumindest teilweise unabhängigen Energieversorgung erhielt über Parteigrenzen hinweg breite Zustimmung. Vor diesem Hintergrund hat das Parlament in der Herbstsession 2022 ein dringliches Bundesgesetz zur Erhöhung der Winterstromproduktion aus erneuerbaren Energien verabschiedet. Mit dem Energie-Mantelerlass (Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien) beschloss der Ständerat in der Herbstsession 2022 bzw. der Nationalrat in der Frühjahrssession 2023 weitgehende Massnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Förderung der Energieeffizienz.

Doch wie ist es dazu gekommen, dass das Parlament nicht bereits früher die Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien stärkte? Um diese Frage zu klären, haben wir im Auftrag von Greenpeace Schweiz die grossen Weichenstellungen der Schweizer Energiepolitik in den letzten zwei Jahrzehnten analysiert. Dabei stand die Frage im Vordergrund, wie sich die politischen Parteien in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung der Energieeffizienz und den Klimaschutz im Vorfeld der aktuellen Energieversorgungsdiskussion positionierten. Diese Bereiche wurden als zentral für eine sichere und unabhängige Schweizer Energieversorgung definiert, was im vorliegenden Bericht mit dem Begriff «Klimaschutz und Energiesicherheit» zusammengefasst wird.

Auf Grundlage von 11 Geschäften und 19 Abstimmungen im Nationalrat im Zeitraum von 1998 bis 2020 untersuchten wir das Abstimmungsverhalten der grossen politischen Parteien. Im Fokus der Auswertung steht die Fragestellung: Welche Parteien setzten sich im Zeitraum zwischen 1998 und 2020 für Klimaschutz und Energiesicherheit ein bzw. welche Parteien verzögerten Fortschritte in diesem Bereich?

## 2 Vorgehen

### 2.1 Selektion der relevanten Geschäfte und Abstimmungen

Um die relevanten Weichenstellungen der Schweizer Energiepolitik während der letzten zwei Jahrzehnte herauszuarbeiten, wurden in einem ersten Schritt die Volksabstimmungen und -initiativen zu Klima- und Energiefragen untersucht. Die entsprechenden Listen (siehe Anhang 7.1 und 7.2) liefern einen Überblick der zentralen Debatten, die in diesem Bereich stattgefunden haben. Die Energie-Umwelt-Initiative und die Solar-Initiative (97.028) können als Startpunkt der politischen Debatte über Lenkungsabgaben, Fördermassnahmen und Anreizinstrumente zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz bezeichnet werden. Mit der parlamentarischen Beratung der Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nach 2020 (17.071) kann der vorläufige Schlusspunkt – im Vorfeld der aktuellen Energieversorgungsdiskussion ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine – der Debatte zum Ausbau erneuerbarer Energien und Stärkung der Energieeffizienz auf Ende 2020 terminiert werden. Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Analyse liegt folglich zwischen 1998 und 2020. In diesem Zeitraum wurden neun relevante Volksinitiativen vom Parlament beraten und es fanden neun relevante Volksabstimmungen statt.

Basierend auf den identifizierten Volksabstimmungen und -initiativen wurden in einem zweiten Schritt die entsprechenden Geschäfte bzw. Beratungen im Parlament genauer unter die Lupe genommen. Dabei wurde eine Liste der wichtigsten Geschäfte sowie deren Hauptstreitpunkte zusammengestellt. Diese Auswahl beinhaltete 11 Geschäfte im Zeitraum zwischen Oktober 1998 und Juni 2020. Die parlamentarischen Beratungen der relevanten Geschäfte fanden somit zwischen der 45. Legislatur (1995-1999) und der 51. Legislatur (2019-2023) statt.

In Absprache mit Greenpeace Schweiz wurden schliesslich die Schlüsselabstimmungen der 11 Geschäfte ausgewählt, anhand derer die Fragestellung am besten beantwortet werden kann. Hervorzuheben ist dabei die Energiestrategie 2050 (13.074) und die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nach 2020 (17.071) mit fünf bzw. vier relevanten Abstimmungen. Bei allen weiteren Geschäften wurde abgesehen von einer Ausnahme (Volksinitiativen Energie-Umwelt- und Solarinitiative, 97.028) jeweils eine Schlüsselabstimmung ausgewählt. Dies ergibt insgesamt 19 Abstimmungen aus 11 Geschäften, die uns als Datengrundlage für die vorliegende Analyse dienten.

Bei den 19 selektionierten Abstimmungen handelt es sich ausschliesslich um Abstimmungen im Nationalrat. Auf die Berücksichtigung von Abstimmungen im Ständerat wurde aus zwei Gründen verzichtet. Einerseits sind die Namenslisten der Abstimmungen im Ständerat abgesehen von den Schluss- und Gesamtabstimmungen für den gewählten Zeitraum nicht öffentlich zugänglich. Andererseits würde die geringe Anzahl Sitze pro Partei im Ständerat zu verzerrten Ergebnissen führen bzw. einen Vergleich zu Abstimmungen im Nationalrat erschweren.

## 2.2 Berechnungsmethode

Für die Analyse wurde die Berechnungsmethode des Umweltratings der Umweltallianz verwendet, das seit 1997 das Abstimmungsverhalten der Parlamentsmitglieder sowie die Einstellung von Kandidierenden zu umweltpolitischen Fragen analysiert. Die Ergebnisse des Umweltratings sind auf der Webseite [www.umweltrating.ch](http://www.umweltrating.ch) verfügbar. Diese Berechnungsmethode hat sich etabliert und wird sowohl von Parlamentsmitgliedern als auch von Umweltverbänden als aussagekräftig und objektiv anerkannt.

Konkret bedeutet dies, dass der Parteiwert, auf dem die vorliegende Analyse basiert, folgendermassen berechnet wird: Die Differenz der Stimmen für Klimaschutz und Energiesicherheit und der Stimmen gegen Klimaschutz und Energiesicherheit wird in das Verhältnis der Gesamtzahl der möglichen Stimmen gesetzt. Entschuldigte Absenzen und das Präsidium werden für die Berechnung nicht mit einbezogen. Enthaltungen und unentschuldigte Absenzen werden wie eine halbe Stimmabgabe für und eine halbe Stimmabgabe gegen Klimaschutz und Energiesicherheit gewertet.

Die Formel für den Wert «Für Klimaschutz und Energiesicherheit» in Worten ausgedrückt lautet:

$$\frac{(\text{Anzahl Pro-Stimmen} - \text{Anzahl Contra-Stimmen})}{(\text{Anzahl Pro-Stimmen} + \text{Anzahl Contra-Stimmen} + \text{Anzahl Enthaltungen} + \text{Anzahl unentschuldigt abwesend}) + 1} * 50$$

Ein Beispiel: Eine Partei, deren Parlamentarier:innen 8 Mal für Klimaschutz und Energiesicherheit, 20 Mal gegen Klimaschutz und Energiesicherheit, sich 1 Mal enthalten haben und 4 Mal entschuldigt abwesend waren, kommt auf einen Wert von 29.3 Prozent:  $((-12/29)+1)*50$

Die Differenz der Pro und Contra Stimmen ergibt -12. Die 4 entschuldigten Abwesenheiten werden nicht berücksichtigt, daher ergibt sich eine Gesamtzahl möglicher Stimmen von 29.

## 2.3 Auswahl der Parteien

Für die Analyse wurden diejenigen Parteien, die auf nationaler Ebene die aktuelle politische Debatte prägen, berücksichtigt. Das bedeutet, dass Parteien, die nur in einzelnen Kantonen aktiv sind (z.B. Lega dei Ticinesi) oder in der aktuellen Legislatur nur eine Vertretung im Nationalrat haben (z.B. EDU), in der Analyse nicht berücksichtigt wurden. Eine Berücksichtigung von Lokal- und Kleinstparteien würde zu verzerrten bzw. wenig aussagekräftigen Ergebnissen führen.

Für die Analyse wurden somit folgende acht Parteien berücksichtigt: SVP, SP, FDP, Die Liberalen, CVP, Grüne, GLP, BDP und EVP. Die BDP wurde per 1. November 2008 als Abspaltung der SVP gegründet. Per 1. Januar 2021 – also nach unserem Untersuchungszeitraum – fusionierten die BDP und die CVP auf nationaler Ebene zur Partei «Die Mitte». Die GLP entstand 2004 als Abspaltung der Grünen im Kanton Zürich. Die nationale Partei wurde 2007 gegründet.

### 3 Relevante Abstimmungen

Die vorliegende Analyse beruht auf den folgenden 19 Abstimmungen zum Ausbau erneuerbarer Energien und der Förderung von Energieeffizienz. Bei der Geschäftsnummer ist jeweils der Link zum Geschäft auf der Seite des Parlaments hinterlegt. Bei der Abstimmungsnummer (Ref.) ist der Link hinterlegt, der direkt zum Abstimmungsprotokoll führt. Die Abstimmungsprotokolle sind zudem im Anhang 7.3 zu finden.

	Abstimmung	Datum
<b><u>97.030</u> Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>		
1 Einführung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	Ref. <a href="#">2307</a>	22.09.1998
<b><u>97.028</u> Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>		
2 Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3083</a>	02.06.1999
3 Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3104</a>	02.06.1999
<b><u>98.029</u> Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»</b>		
4 Annahme der Volksinitiative	Ref. <a href="#">1171</a>	06.03.2001
<b><u>05.057</u> Umsetzung CO<sub>2</sub>-Gesetz</b>		
5 CO <sub>2</sub> -Abgabe vs. Klimarappen II	Ref. <a href="#">3103</a>	23.03.2006
<b><u>04.083</u> Stromversorgungsgesetz und Elektrizitätsgesetz</b>		
6 Förderung des sparsamen Energieverbrauchs	Ref. <a href="#">3611</a>	11.12.2006
<b><u>10.017</u> Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge»</b>		
7 CO <sub>2</sub> -Reduktion bei Neuwagen bis 2015	Ref. <a href="#">4775</a>	07.12.2010
<b><u>09.067</u> Volksinitiative «Für ein gesundes Klima»</b>		
8 Erhöhung der Beiträge für das Gebäudeprogramm	Ref. <a href="#">6045</a>	13.09.2011
<b><u>13.074</u> Energiestrategie 2050</b>		
9 Abschwächung Energie- und Stromverbrauchsrichtwerte	Ref. <a href="#">11103</a>	01.12.2014
10 Erhöhung Netzzuschlag	Ref. <a href="#">11162</a>	02.12.2014
11 Einführung von Energieeffizienzmassnahmen	Ref. <a href="#">11180</a>	03.12.2014
12 Stopp der Einspeisevergütung	Ref. <a href="#">12960</a>	02.03.2016
13 Mehr Stromeffizienz bei den Endkunden	Ref. <a href="#">12966</a>	02.03.2016
<b><u>14.436</u> Pa. Iv. «Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung»</b>		
14 Abschaffung KEV und Gebäudeprogramm	Ref. <a href="#">12628</a>	01.12.2015
<b><u>16.083</u> Genehmigung Pariser Klimaabkommen</b>		
15 Senkung CO <sub>2</sub> -Reduktionsziel bis 2030	Ref. <a href="#">14697</a>	02.03.2017
<b><u>17.071</u> CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020</b>		
16 CO <sub>2</sub> -Grenzwerte für Gebäude beim Heizungersatz	Ref. <a href="#">17934</a>	04.12.2018
17 Eintreten auf Vorlage	Ref. <a href="#">20504</a>	09.06.2020
18 Streichung des Inlandziels	Ref. <a href="#">20508</a>	09.06.2020
19 Erhöhung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	Ref. <a href="#">20550</a>	10.06.2020

### 3.1 Kurzbeschreibung der einzelnen Abstimmungen

In diesem Abschnitt werden die 19 Abstimmungen in chronologischer Reihenfolge kurz vorgestellt. Dabei ist jeweils auch dargestellt, ob der Nationalrat für oder gegen «Klimaschutz und Energiesicherheit» gestimmt hat.

<b>97.030 Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>		
1	Einführung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	Ref. <a href="#">2307</a> 22.09.1998

Bei dieser Abstimmung ging es um die Frage, wer die Kompetenz zur Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe haben soll. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe kommt zur Anwendung, falls die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft nicht ausreichen, um das Reduktionsziel zu erreichen. Die Mehrheit der Nationalratskommission (UREK-N) forderte, dass die Kompetenz zur Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe der Bundesversammlung obliegen soll. Dies würde bedeuten, dass das Parlament zu einem späteren Zeitpunkt erneut über die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe beraten könnte, selbst wenn absehbar sein sollte, dass die freiwilligen Massnahmen nicht ausreichen, um die definierten Zielwerte zu erreichen. Eine Minderheit beantragte, dass es in der Kompetenz des Bundesrates liegen soll, die CO<sub>2</sub>-Abgabe bei Nichterreichen der Zielwerte einzuführen, wie es in der Vorlage ursprünglich vorgesehen war. Der Nationalrat entschied mit 95 zu 75 Stimmen bei 1 Enthaltung die Kompetenz der Bundesversammlung zuzuweisen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Minderheit 75 Stimmen

<b>97.028 Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>		
2	Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3083</a> 02.06.1999

Der Ständerat beschloss am 10. März 1999 die Reduktion der Förderabgabe zugunsten erneuerbarer Energien von 0.6 auf 0.4 Rappen pro kWh. Daraufhin forderte eine Mehrheit der Nationalratskommission (UREK-N) an den ursprünglich definierten 0.6 Rappen pro kWh festzuhalten. Eine Minderheit beantragte, dem Ständerat zu folgen. Der Nationalrat entschied schliesslich mit 80 zu 44 Stimmen bei 43 Enthaltungen der Kommissionsmehrheit zu folgen und auf die Reduktion der Förderabgabe zu verzichten.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 80 Stimmen

3	Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3104</a> 02.06.1999
---	---------------------------------------	--------------------------------------

In der Gesamtabstimmung beschloss der Nationalrat am 2. Juni 1999 mit 94 zu 57 Stimmen bei 1 Enthaltung den Bundesbeschluss zur Förderabgabe zugunsten erneuerbarer Energien als Gegenvorschlag zur Solar-Initiative anzunehmen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 94 Stimmen



<b>98.029</b>	<b>Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»</b>		
4	Annahme der Volksinitiative	Ref. <a href="#">1171</a>	06.03.2001

Die Volksinitiative verlangte die Besteuerung der nichterneuerbaren Energieträger sowie der Elektrizität von Wasserkraftwerken mit mehr als einem Megawatt Leistung. Die Einnahmen sollten für die Sicherung der Sozialwerke eingesetzt werden. Während der Bundesrat und die Mehrheit der Umweltkommission des Nationalrates (UREK-N) für die Ablehnung der Volksinitiative ohne Gegenvorschlag plädierten, beantragte eine Kommissionsminderheit die Annahme der Initiative. Am 6. März 2001 entschied der Nationalrat die Volksinitiative mit 121 zu 64 Stimmen zur Ablehnung zu empfehlen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Minderheit 64 Stimmen

<b>05.057</b>	<b>Umsetzung CO<sub>2</sub>-Gesetz</b>		
5	CO <sub>2</sub> -Abgabe vs. Klimarappen II	Ref. <a href="#">3103</a>	23.03.2006

Bei den Beratungen zur Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes beantragte die Mehrheit der Nationalratskommission (UREK-N) die Rückweisung der Vorlage. Dies mit der Begründung, dass damit der Weg für den Klimarappen II als Alternative zur CO<sub>2</sub>-Abgabe frei sei. Eine starke Kommissionsminderheit wehrte sich gegen diesen Rückweisungsantrag mit der Argumentation, die CO<sub>2</sub>-Abgabe sei sowohl effektiver als auch fairer als ein Klimarappen II. Nach einer ausführlichen Debatte sprach sich der Nationalrat am 23. März 2006 mit 92 zu 91 Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen die Rückweisung der Vorlage aus.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Minderheit 92 Stimmen

<b>04.083</b>	<b>Stromversorgungsgesetz und Elektrizitätsgesetz</b>		
6	Förderung des sparsamen Energieverbrauchs	Ref. <a href="#">3611</a>	11.12.2006

Die Energieversorgungsunternehmen sollten mit der Revision des Energiegesetzes dazu verpflichtet werden, Massnahmen zur Förderung des sparsamen Elektrizitätsverbrauches zu treffen. Eine Kommissionsminderheit (UREK-N) forderte die Streichung dieses Artikels mit der Begründung, dass die Stromversorgungsunternehmen bereits heute freiwillig in diese Richtung arbeiten würden. Der Nationalrat beschloss mit 104 zu 63 Stimmen der Mehrheit zu folgen und lehnte den Streichungsantrag ab.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 104 Stimmen

<b>10.017</b>	<b>Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge»</b>		
7	CO <sub>2</sub> -Reduktion bei Neuwagen bis 2015	Ref. <a href="#">4775</a>	07.12.2010

Diese Abstimmung bezieht sich auf den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge». Die Vorlage wurde vom Bundesrat erarbeitet und von der Umweltkommission des Nationalrates (UREK-N) auf Geheiss des Nationalrates überarbeitet. Zentraler Bestandteil war die Vorgabe, dass die Emissionen von neuen Personenwagen bis 2015 auf durchschnittlich 130 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer gesenkt werden. Eine Minderheit beantragte die Verschiebung dieses Zielwerts auf das Jahr 2017. Der Nationalrat lehnte den Minderheitsantrag mit 111 zu 70 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 111 Stimmen

<b>09.067 Volksinitiative «Für ein gesundes Klima»</b>		
8	Erhöhung der Beiträge für das Gebäudeprogramm	Ref. <a href="#">6045</a> 13.09.2011

Der Ständerat beschloss am 8. März 2011, die Beiträge für das Gebäudesanierungsprogramm von 200 Millionen auf 300 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen. Eine Minderheit der Nationalratskommission (UREK-N) beantragte, an der Version des Bundesrates festzuhalten und auf eine Erhöhung zu verzichten. Der Nationalrat entschied am 13. September 2011 mit 99 zu 79 Stimmen, die Beiträge für das Gebäudeprogramm auf 300 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

<b>13.074 Energiestrategie 2050</b>		
9	Abschwächung Energie- und Stromverbrauchsrichtwerte	Ref. <a href="#">11103</a> 01.12.2014

Für den Gesamtenergieverbrauch sowie den Stromverbrauch legte der Bundesrat im Rahmen der Vorlage «Energiestrategie 2050» Richtwerte pro Person für die Jahre 2020 und 2035 fest. Mit diesen Richtwerten sollte die Ausschöpfung der Energieeffizienzpotenziale gefördert werden. Während die Kommissionsmehrheit (UREK-N) den Vorschlag des Bundesrates unterstützte, forderte eine Minderheit eine Abschwächung dieser Richtwerte. Der Nationalrat beschloss mit 105 zu 82 Stimmen bei 5 Enthaltungen der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 105 Stimmen

10	Erhöhung Netzzuschlag	Ref. <a href="#">11162</a> 02.12.2014
----	-----------------------	---------------------------------------

Um Effizienzmassnahmen und den Zubau neuer Kraftwerke basierend auf erneuerbaren Energien zu fördern, schlugen der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit (UREK-N) vor, die Mittel des Netzzuschlagsfonds zu erhöhen. Der Netzzuschlag soll von maximal 1.5 Rp/kWh auf maximal 2.3 Rp/kWh angehoben werden. Eine Minderheit beantragte den Netzzuschlag nicht zu erhöhen. Der Nationalrat stimmte der Erhöhung des Netzzuschlags mit 105 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 105 Stimmen

11	Einführung von Energieeffizienzmassnahmen	Ref. <a href="#">11180</a> 03.12.2014
----	---	---------------------------------------

Gestützt auf die Begründung, dass es in der Schweiz unter den bestehenden Rahmenbedingungen kaum Akteure gibt, die bei mittleren und kleinen Stromverbrauchern Effizienzdienstleistungen wirtschaftlich rentabel anbieten und relevante Einsparungen nachweisen können, wurde das Instrument des Stromsparbonus ausgearbeitet. Mit dem Stromsparbonus sollen neue Anreize geschaffen werden, um einen Energieeffizienzdienstleistungsmarkt im Bereich der Stromeffizienz zu ermöglichen. Basierend auf einem Bonus-Malus-Modell sollen Netzbetreiber vermehrt vorhandene Stromeffizienzpotenziale nutzen. Während die Kommissionsmehrheit (UREK-N) gegen dieses Instrument war, beantragte eine Minderheit dieses einzuführen. Der Nationalrat hat sich mit 117 zu 73 Stimmen bei 3 Enthaltungen dafür ausgesprochen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Minderheit 117 Stimmen

12 Stopp der Einspeisevergütung

Ref. [12960](#)

02.03.2016

Die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) sollte im neuen Energiegesetz mit einer sogenannten «Sunset-Klausel» befristet werden. Konkret bedeutet dies, dass neue Projekte nur während der ersten fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Finanzierungszusicherung erhalten können. Auch weitere Massnahmen wie beispielsweise Einmalvergütungen und Investitionshilfen sollen zeitlich befristet und nur bis 2031 ausgerichtet werden. Eine Kommissionsminderheit (UREK-N) schlug vor, dass die Massnahmen in Kraft bleiben, bis die Ausbauziele erreicht sind. Der Nationalrat folgte jedoch mit 133 zu 62 Stimmen der Kommissionsmehrheit.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Minderheit

62 Stimmen

13 Mehr Stromeffizienz bei den Endkunden

Ref. [12966](#)

02.03.2016

Artikel 48 des neuen Energiegesetzes hatte zum Ziel, Anreize für die Verteilnetzbetreiber zu schaffen, ihre Endabnehmer:innen zum Stromsparen zu bewegen. Der Ständerat wollte diese Massnahme ersatzlos streichen. Eine Minderheit der Nationalratskommission (UREK-N) schlug vor, die Massnahme zu vereinfachen. Der Nationalrat entschied jedoch mit 116 zu 78 Stimmen dem Ständerat zu folgen und damit die Massnahmen – auch die freiwilligen – seitens der Verteilnetzbetreiber zu verwerfen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Minderheit

78 Stimmen

#### **14.436 Pa. Iv. «Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung»**

14 Abschaffung KEV und Gebäudeprogramm

Ref. [12628](#)

01.12.2015

Die Parlamentarische Initiative der FDP-Fraktion forderte einerseits die Einführung einer Lenkungsabgabe auf CO<sub>2</sub> bis 2020 und beinhaltete gleichzeitig die Abschaffung des Netzzuschlags (Kostendeckende Einspeisevergütung, KEV) und des Gebäudeprogramms. Dies würde den Ausbau der erneuerbaren Energien und die energetische Sanierung des schweizerischen Gebäudeparks deutlich erschweren. Der Nationalrat lehnte die parlamentarische Initiative mit 108 zu 80 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit

108 Stimmen

#### **16.083 Genehmigung Pariser Klimaabkommen**

15 Senkung CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel bis 2030

Ref. [14697](#)

02.03.2017

Im Rahmen des Klimaschutzabkommens von Paris hat die Schweiz ein Reduktionsziel von minus 50 Prozent Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990 in Aussicht gestellt. Zusammen mit der Ratifikation soll dieses Ziel definitiv übermittelt werden. Eine Minderheit der Nationalratskommission (UREK-N) forderte eine deutliche Abschwächung dieses Ziels auf minus 40 Prozent. Der Nationalrat beschloss mit 104 zu 87 bei 2 Enthaltungen der Mehrheit zu folgen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit

104 Stimmen

**17.071 CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020**

16 CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Gebäude beim Heizungsersatz Ref. [17934](#) 04.12.2018

Mit seinem Einzelantrag schlug Nationalrat Bernhard Guhl (BDP/AG) vor, dass beim Heizungsersatz ab 2026 eine schweizweite Vorgabe bezüglich der CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Geltung kommen soll. Demgegenüber sah der Vorschlag der Kommissionmehrheit (UREK-N) vor, dass der Bundesrat auf der Grundlage der Daten von 2027 die Einführung eines Gebäudestandards beantragen kann. Der Nationalrat entschied sich mit 107 zu 84 Stimmen bei 1 Enthaltung für den Einzelantrag Guhl.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Einzelantrag 107 Stimmen

17 Eintreten auf Vorlage Ref. [20504](#) 09.06.2020

Der Nationalrat hatte die Vorlage in der Gesamtabstimmung vom 11. Dezember 2018 abgelehnt. Der Ständerat hiess die Vorlage daraufhin mit 37 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen gut. In der Differenzbereinigung beantragte eine Minderheit der Nationalratskommission (UREK-N) gar nicht erst auf die Vorlage einzutreten. Der Nationalrat lehnte diesen Minderheitsantrag am 9. Juni 2020 mit 140 zu 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 140 Stimmen

18 Streichung des Inlandziels Ref. [20508](#) 09.06.2020

Mit der Ratifikation des Pariser Klimaabkommens hat sich die Schweiz verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Das Inlandziel legt fest, wie gross der Anteil der zu reduzierenden CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz sein soll. Die Mehrheit der Nationalratskommission (UREK-N) forderte, dieses Ziel auf minus 30 Prozent festzulegen. Eine Minderheit schlug vor, gänzlich auf ein Inlandziel zu verzichten, so dass der grösste Teil der Schweizer Reduktionen über den Kauf ausländischer Zertifikate erreicht werden könnte. So könnten die von der Schweiz im Jahr 2017 eingegangenen internationalen Verpflichtungen jedoch nicht erfüllt werden. Der Nationalrat beschloss mit 137 zu 56 Stimmen bei 5 Enthaltungen der Mehrheit zu folgen.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 137 Stimmen

19 Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe Ref. [20550](#) 10.06.2020

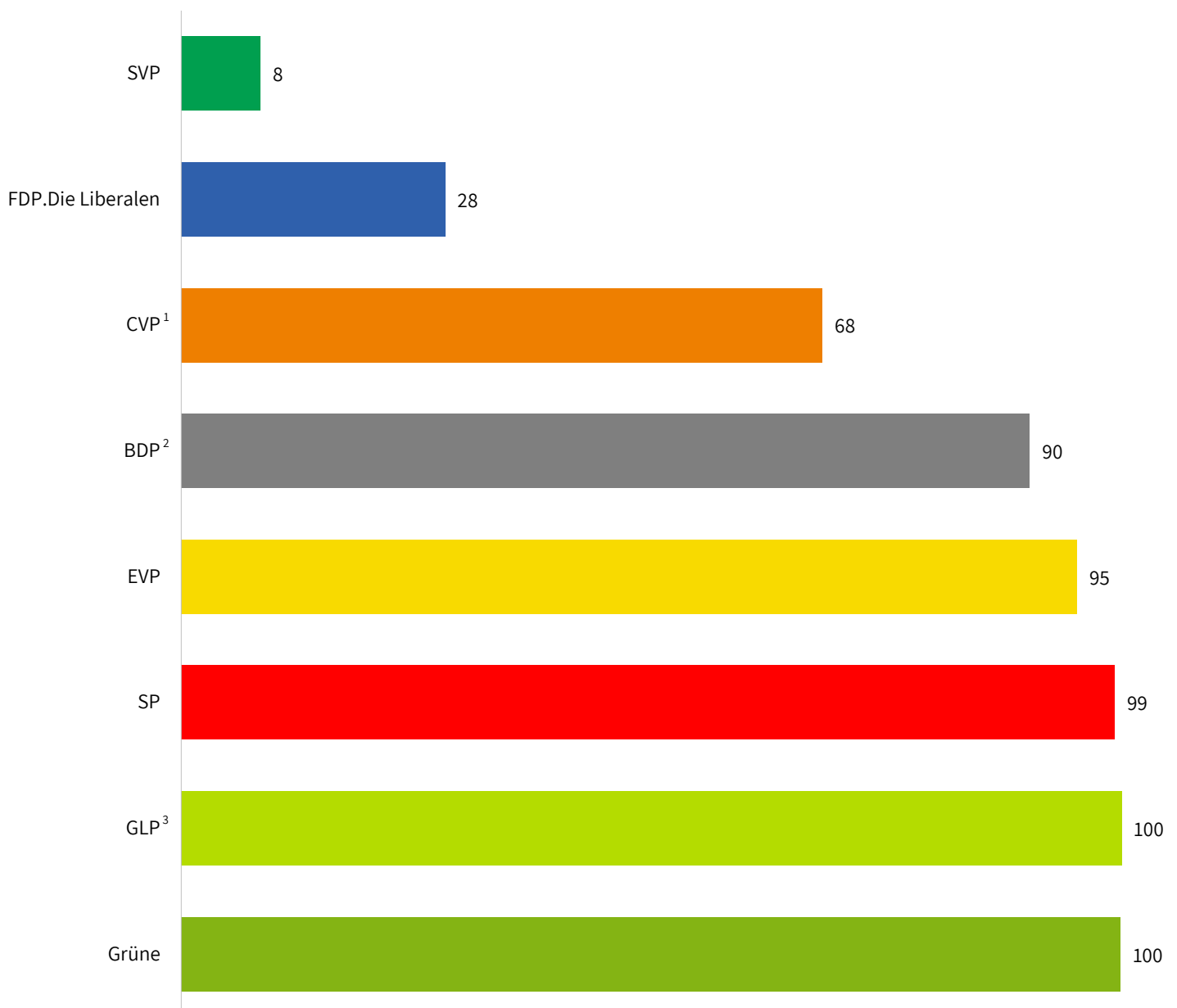
Der Bundesrat beantragte dem Parlament, die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossile Brennstoffe im Falle einer Verfehlung der angestrebten Reduktionsmassnahmen schrittweise auf maximal 210 CHF zu erhöhen. Zum Zeitpunkt der Abstimmung lag der maximale Abgabesatz bei 120 CHF. Eine Kommissionminderheit (UREK-N) wehrte sich gegen die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und forderte, den maximalen Abgabesatz bei 120 CHF zu belassen. Der Nationalrat folgte schliesslich mit 133 zu 59 Stimmen bei 1 Enthaltung klar dem Antrag des Bundesrates.

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Antrag der Mehrheit 133 Stimmen

## 4 Ergebnisse

Die untenstehende Grafik zeigt die Gesamtwerte der acht relevanten Parteien basierend auf ihrem Stimmverhalten bei den 19 ausgewählten Abstimmungen. An der Spitze zeigen sich nur geringfügige Unterschiede im Abstimmungsverhalten von Grünen, GLP, SP, EVP und BDP, die alle einen Gesamtwert von über 90 Prozent erreichen. Es folgt die CVP mit einem Gesamtwert von 68 Prozent. Auf dem zweitletzten Platz liegt die FDP. Die Liberalen, die mit 38 Prozent eine klar negative Position gegenüber Klimaschutz und Energiesicherheit einnimmt. Die SVP belegt mit 8 Prozent Anteil für Klimaschutz und Energiesicherheit mit deutlichem Abstand den letzten Platz im Ranking.

### Anteil für Klimaschutz und Energiesicherheit Gesamtwert pro Partei in Prozent



## 4.1 Überblick Abstimmungsverhalten der Parteien

Die Grafik auf der folgenden Seite zeigt das Abstimmungsverhalten der sechs grossen Parteien (ohne BDP und EVP) pro Abstimmung.

Erstaunlich ist, wie ähnlich das Abstimmungsverhalten der klar links positionierten Parteien SP und Grüne mit demjenigen der politisch in der Mitte verorteten Parteien GLP, EVP und BDP ist. Diese Parallelen lassen den Schluss zu, dass es sich bei den 19 Abstimmungen nicht um klassisch linke Anliegen handelt, die primär den Forderungen von SP und Grünen entsprechen. Vielmehr zeigt sich eine Bruchlinie in der politischen Mitte mit der CVP auf der einen Seite und der GLP, BDP und EVP auf der anderen Seite. Die relevanten Abstimmungen zu Klimaschutz und Energiesicherheit sind somit durchaus mehrheitsfähig. Dies zeigt sich daran, dass bei 15 von 19 Abstimmungen eine Mehrheit für Klimaschutz und Energiesicherheit stimmte.

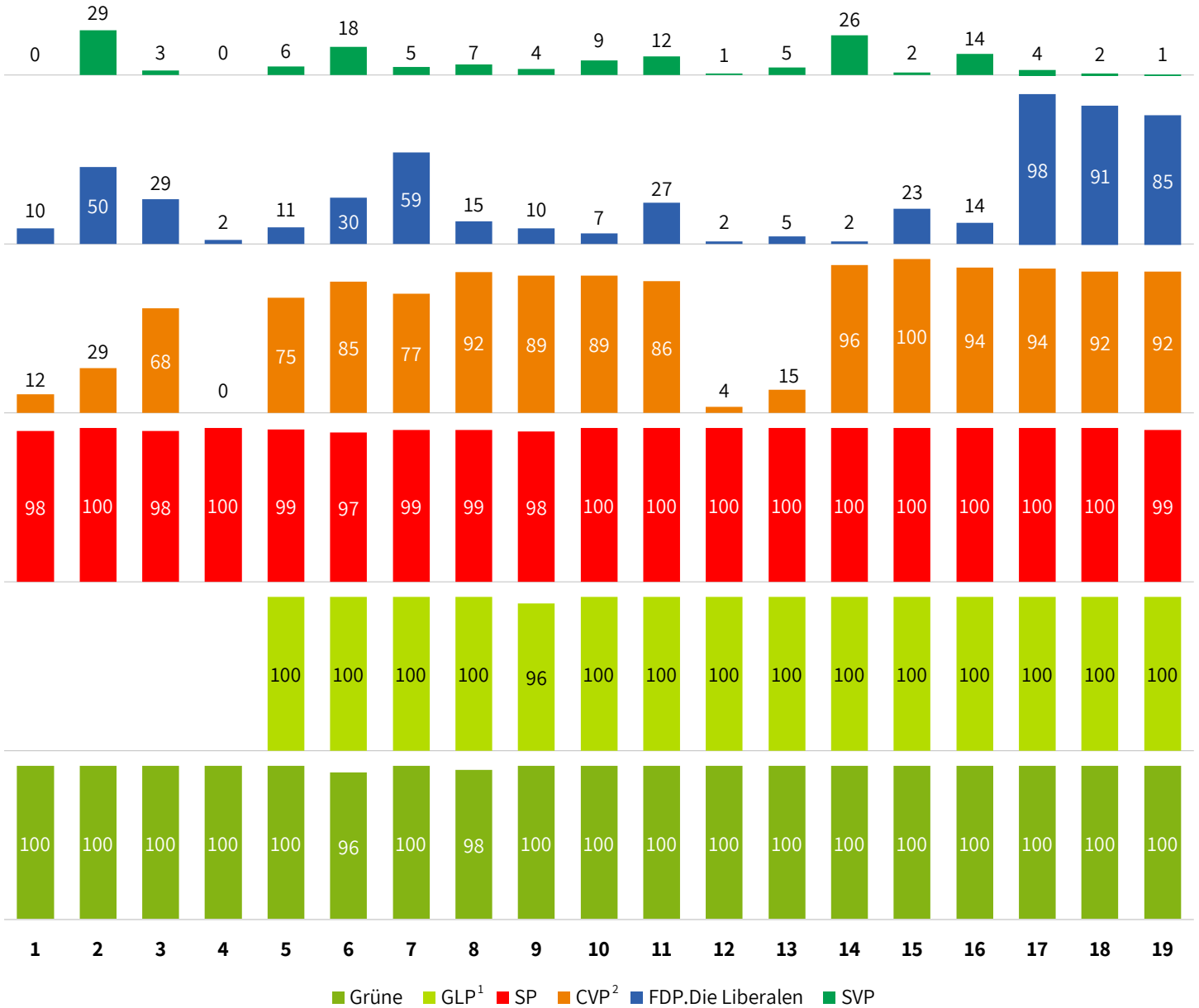
Bei den Grünen, GLP und SP zeigt sich deutlich, dass die Anteile für Klimaschutz und Energiesicherheit durchwegs hoch ausfallen.

Bei der CVP zeigen sich deutliche Ausschläge, die von einem Anteil für Klimaschutz und Energiesicherheit von 0 (Abstimmung 4) bis 100 Prozent (Abstimmung 15) reichen. Die Stimmen der CVP waren höchst relevant für die Entscheidung in den 19 Abstimmungen. In 13 von 19 Abstimmungen entschied die CVP über die Mehrheitsverhältnisse (siehe beispielsweise Abstimmungen 1, 4 und 14, welche aufgrund der CVP-Stimmen gegen Klimaschutz und Energiesicherheit ausgingen). Die CVP spielte somit in den meisten Fällen das «Zünglein an der Waage» für oder gegen Klimaschutz und Energiesicherheit. Im zeitlichen Verlauf lässt sich bei der CVP, die mit einem Gesamtwert von 68 Prozent zwischen den beiden Polen liegt, eine Tendenz zu mehr Klimaschutz und Energiesicherheit feststellen. So erreichte die CVP in den Abstimmungen 14 bis 19 grundsätzlich höhere Werte gegenüber den Abstimmungen 1 bis 13.

Bemerkenswert ist auch das Abstimmungsverhalten der FDP. Die Liberalen. Während die freisinnige Partei in den Abstimmungen 1 bis 16 mit zwei Ausnahmen (Abstimmungen 2 und 7) deutlich gegen Klimaschutz und Energiesicherheit stimmte, zeigen die jüngsten drei Abstimmungen 17, 18 und 19 zum CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020 ein komplett anderes Bild. Da diese Abstimmungen vor dem Hintergrund der Klimabewegung im Juni 2020 stattfanden, bleibt abzuwarten, ob es sich hierbei um eine grundsätzliche Positionsverschiebung der FDP. Die Liberalen in Richtung Klimaschutz und Energiesicherheit oder lediglich um eine durch äussere Umstände motivierte Abweichung handelt.

Interessant bei der SVP ist die über sämtliche Abstimmungen hinweg konsistente Haltung gegen Klimaschutz und Energiesicherheit. Obwohl die Schweizer Volkspartei in den Debatten um Energiepolitik jeweils betont, wie wichtig ihr die Schweizer Unabhängigkeit sei, stimmte sie konsequent gegen den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Stärkung der Energieeffizienz. Daran änderte auch die veränderte politische Grosswetterlage mit der Klimabewegung und der Klimawahl 2019 nichts, wie die SVP-Werte in den Abstimmungen 17, 18 und 19 eindrücklich zeigen.

# Anteil für Klimaschutz und Energiesicherheit pro Abstimmung nach Partei in Prozent



## Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen

1 Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (22.09.1998)

## Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»

2 Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien (02.06.1999)

3 Förderabgabe für erneuerbare Energien (02.06.1999)

## Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»

4 Annahme der Volksinitiative (06.03.2001)

## Umsetzung CO<sub>2</sub>-Gesetz

5 CO<sub>2</sub>-Abgabe vs. Klimarappen II (23.03.2006)

## Stromversorgungsgesetz und Elektrizitätsgesetz

6 Förderung des sparsamen Energieverbrauchs (11.12.2006)

## Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge»

7 CO<sub>2</sub>-Reduktion bei Neuwagen bis 2015 (07.12.2010)

## Volksinitiative «Für ein gesundes Klima»

8 Erhöhung der Beiträge für das Gebäudeprogramm (13.09.2011)

## Energiestrategie 2050

9 Abschwächung Energie- und Stromverbrauchsrichtwerte (01.12.2014)

10 Erhöhung Netzzuschlag (02.12.2014)

11 Einführung von Energieeffizienzmassnahmen (03.12.2014)

12 Stopp der Einspeisevergütung (02.03.2016)

13 Mehr Stromeffizienz bei den Endkunden (02.03.2016)

## Pa. Iv. «Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung»

14 Abschaffung KEV und Gebäudeprogramm (01.12.2015)

## Genehmigung Pariser Klimaabkommen

15 Senkung CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel bis 2030 (02.03.2017)

## CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020

16 CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Gebäude beim Heizungersatz (04.12.2018)

17 Eintreten auf Vorlage (09.06.2020)

18 Streichung des Inlandziels (09.06.2020)

19 Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (10.06.2020)

## **4.2 Das Abstimmungsverhalten im Detail: Grüne, GLP und SP**

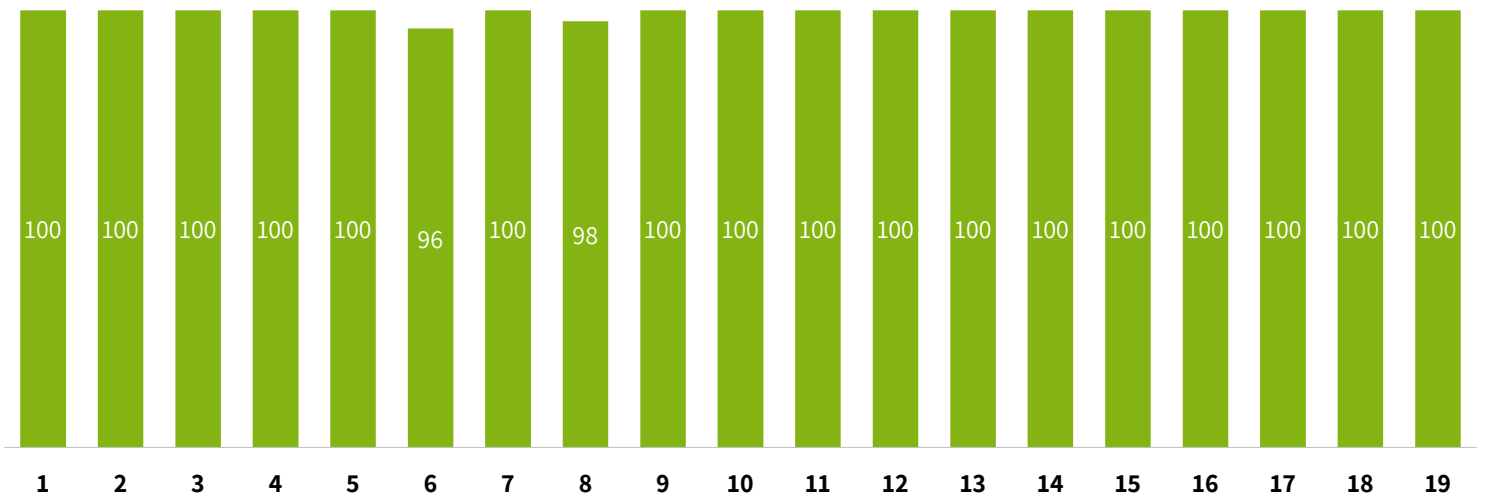
Alle drei Parteien haben nahezu 100-prozentige Anteile für Klimaschutz und Energiesicherheit über alle 19 Abstimmungen hinweg (siehe Grafik auf der folgenden Seite). In den wenigen Fällen, wo die Werte unter 100 Prozent liegen, ist dies meist darauf zurückzuführen, dass einzelne Personen der Abstimmung unentschuldigt fernblieben. Es gibt somit keine erwähnenswerten Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen und innerhalb dieser drei Parteien.



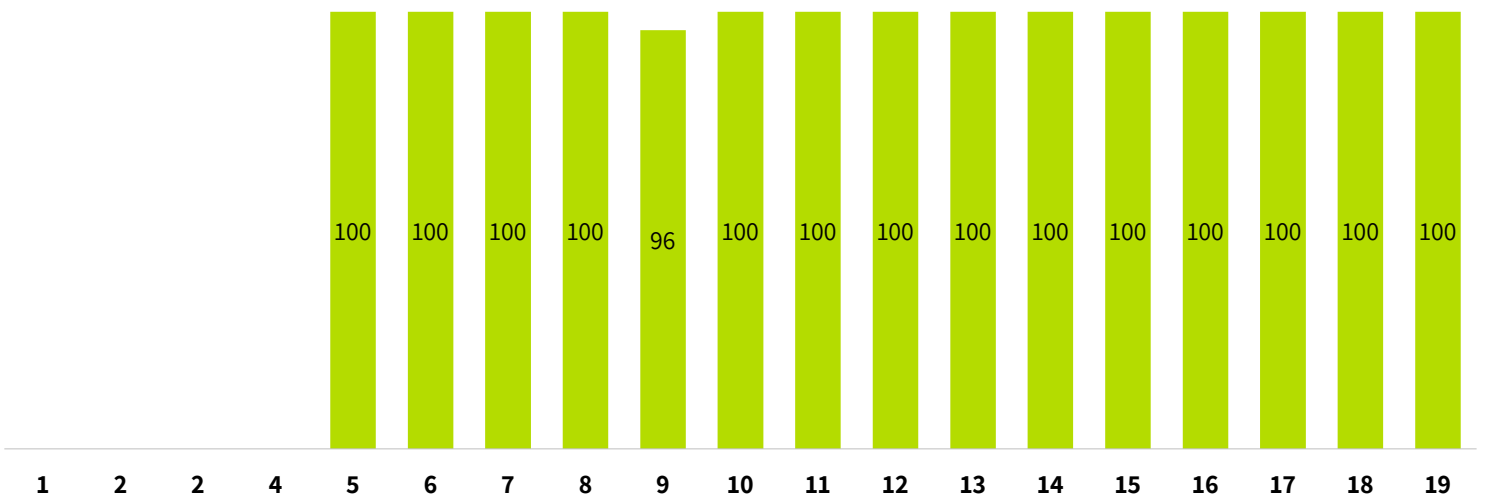
# Anteil für Klimaschutz und Energiesicherheit

## Grüne, GLP und SP | pro Abstimmung in Prozent

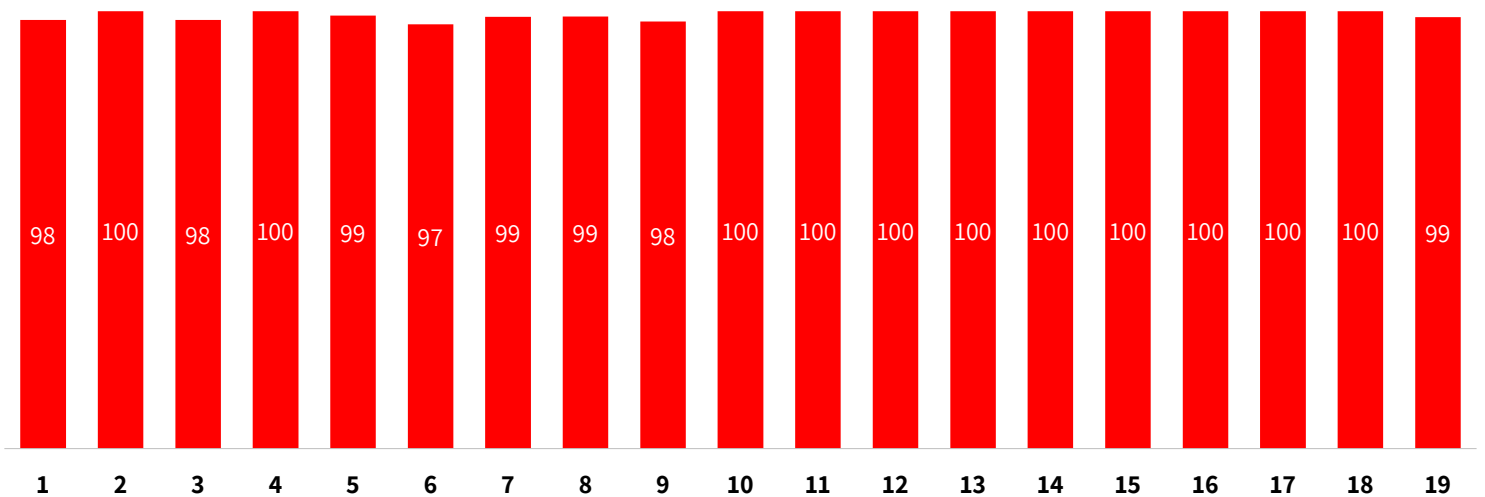
### Grüne



### GLP



### SP



### **4.3 Das Abstimmungsverhalten im Detail: EVP, BDP und CVP**

Die EVP stimmte mit einer Ausnahme (Abstimmung 12) konsequent für Klimaschutz und Energiesicherheit.

Die BDP stimmte ebenfalls mit einer Ausnahme (Abstimmung 12) und zwei minimalen Abweichungen (Abstimmungen 14 und 15), die auf die unentschuldigte Nichtteilnahme eines Mitgliedes zurückzuführen ist, konsequent für Klimaschutz und Energiesicherheit.

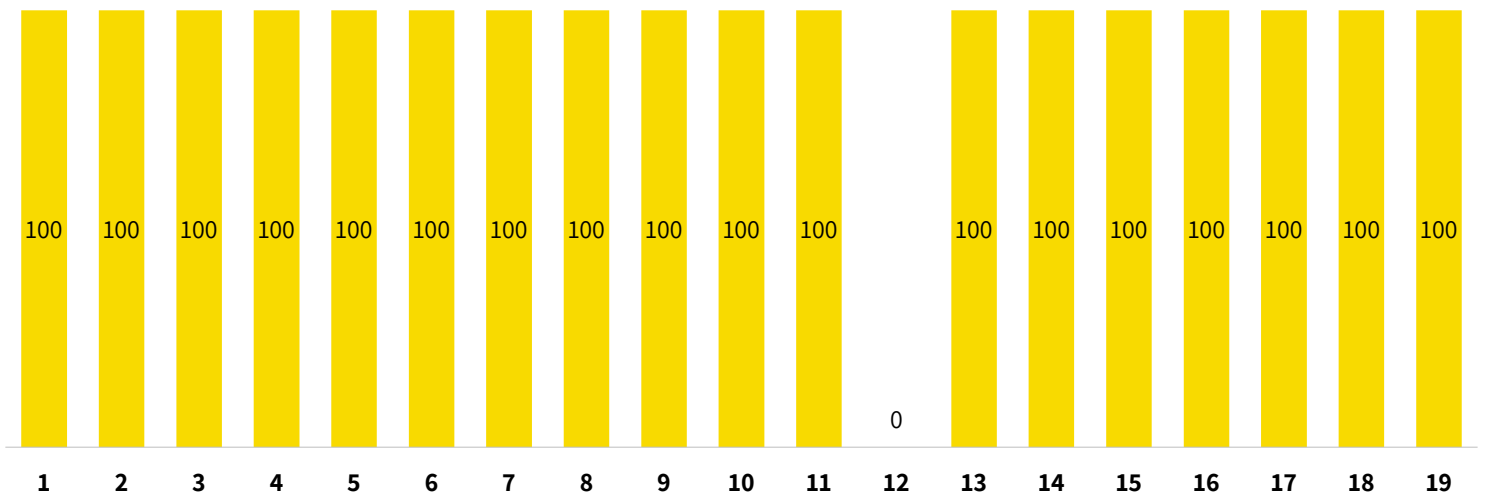
Die CVP zeigt ein deutlich weniger konsistentes Abstimmungsverhalten über die 19 Abstimmungen hinweg. Hohe Zustimmungswerte wechseln sich mit kompletter Ablehnung bezüglich Klimaschutz und Energiesicherheit ab. Bei fünf Abstimmungen stimmte die CVP praktisch identisch mit SVP und FDP. Die Liberalen (Abstimmungen 1, 2, 4, 12, 13). Bei 11 Abstimmungen stimmte die CVP praktisch identisch mit EVP und BDP (Abstimmungen 6, 8, 9, 10, 11, 14, 15, 16, 17, 18, 19).

Auffällig ist die Abstimmung 12, bei der alle drei Parteien deutlich gegen Klimaschutz und Energiesicherheit stimmten. Die CVP vertrat in dieser Frage die Haltung, dass Fördermassnahmen für neue Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien auf fünf Jahre nach Inkrafttreten des Energiegesetzes befristet werden sollten. Die CVP stellte sich somit gegen die Minderheit (Nussbaumer), welche die Fördermassnahmen so lange beibehalten wollte, bis die definierten Ziele erreicht sind. Die BDP und die EVP folgten in dieser Frage der CVP, ohne sich während der Detailberatung spezifisch zu diesem Punkt zu äussern.

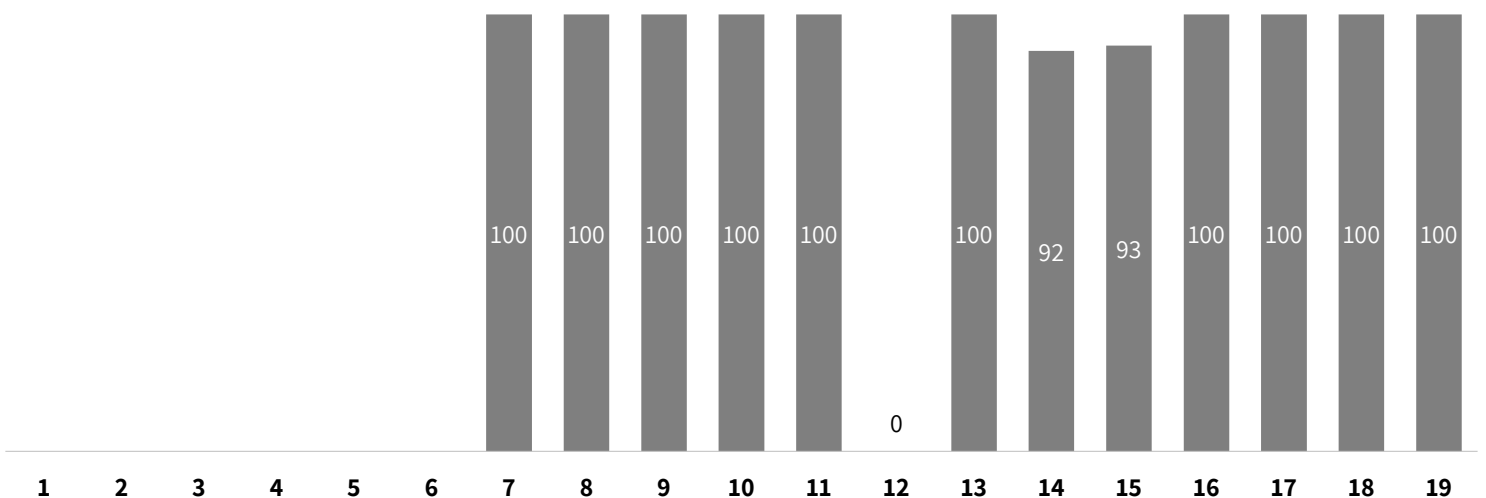
# Anteil für Klimaschutz und Energiesicherheit

## EVP, BDP und CVP | pro Abstimmung in Prozent

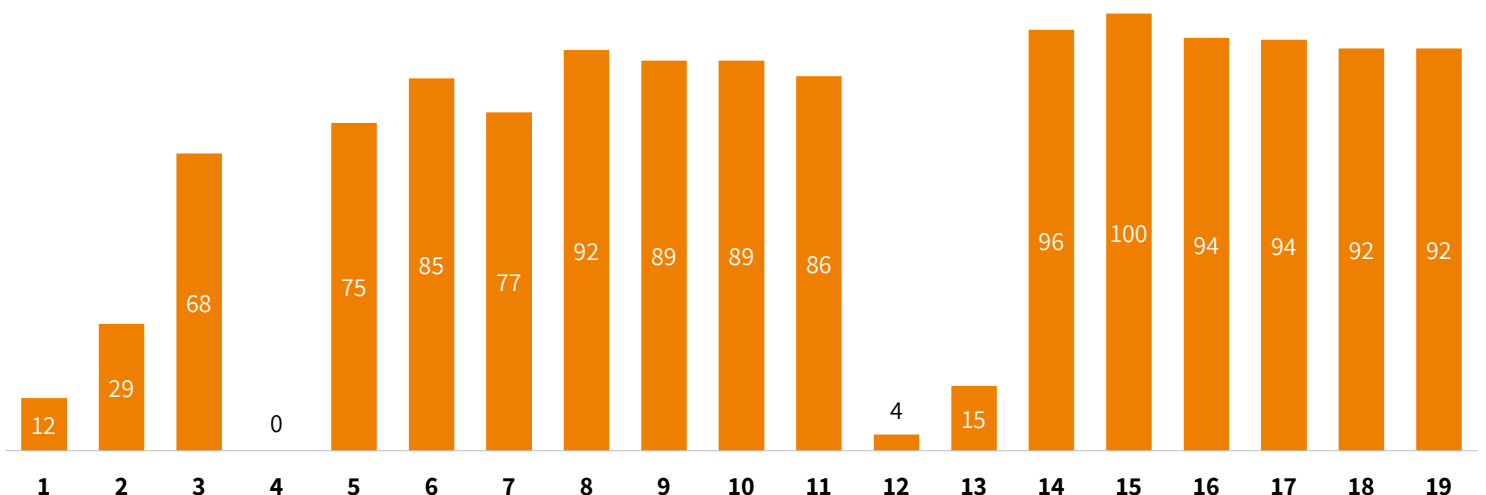
### EVP



### BDP



### CVP



#### 4.3.1 Detailanalyse CVP

##### Grosse Ausschläge: Abstimmungen 1, 2, 4, 12 und 13

<b>97.030 Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>			
1	Einführung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	Ref. <a href="#">2307</a>	22.09.1998

Die CVP begründete ihre Position zu diesem Kernpunkt der Vorlage – die Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe – mit der gleichen Argumentation wie die FDP, Die Liberalen und die SVP. Es handle sich bei der Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht um eine reine Vollzugsaufgabe, sondern um eine politische Ermessensfrage, die von den Kriterien Zielerreichung und Frist abhängig sei. Deshalb müsse das Parlament entscheiden können, ob und wann die CO<sub>2</sub>-Abgabe eingeführt werde.

<b>97.028 Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>			
2	Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3083</a>	02.06.1999

Die CVP war in dieser Frage gespalten: Einige Vertreter:innen der Bergkantone setzten sich für einen Satz von 0.6 Rappen pro Kilowattstunde ein, um die erneuerbaren Energien zu fördern. Die Mehrheit der Fraktion unterstützte jedoch den Minderheitsantrag, der eine Reduktion von 0.6 auf 0.4 Rappen pro kWh forderte. Begründet wurde diese Reduktion mit den hohen Produktionskosten, die durch eine solche Förderabgabe verursacht werde. Im Endergebnis bedeutete dies, dass 8 CVP-Mitglieder der Mehrheit folgten und 20 CVP-Mitglieder für die Minderheit bzw. die Reduktion der Förderabgabe stimmten.

<b>98.029 Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»</b>			
4	Annahme der Volksinitiative	Ref. <a href="#">1171</a>	06.03.2001

Die CVP setzte sich in den Beratungen zur Volksinitiative vehement für deren Ablehnung ein. Diese sei zum einen knapp ein halbes Jahr nach der Ablehnung der Solar-Initiative und der Förderabgabe eine demokratiepolitische Zwängerei. Zum anderen gebe es gemäss Fraktionssprecher Adalbert Durrer (CVP/OW) keinen Handlungsbedarf angesichts der bestehenden Instrumente und den vorhandenen Gesetzen im Umwelt- und Energiebereich.

<b>13.074 Energiestrategie 2050</b>			
12	Stopp der Einspeisevergütung	Ref. <a href="#">12960</a>	02.03.2016

Die CVP vertrat in dieser Frage die Haltung, dass Fördermassnahmen für neue Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien auf fünf Jahre nach Inkrafttreten des Energiegesetzes befristet werden sollten. Die CVP stellte sich somit gegen die Minderheit (Nussbaumer), welche die Fördermassnahmen so lange beibehalten wollte, bis die definierten Ziele erreicht sind.

<b>13.074</b>	<b>Energiestrategie 2050</b>		
13	Mehr Stromeffizienz bei den Endkunden	Ref. <a href="#">12966</a>	02.03.2016

Bei diesem Punkt vertrat die CVP die Position, dass es noch kein wirksames System gebe, um den Verbrauch der Endkunden von Verteilnetzbetreiber zum Stromsparen zu bewegen. Mit dieser Argumentation lehnten 23 CVP-Mitglieder die vorgeschlagenen Massnahmen für Verteilnetzbetreiber ab, während 4 CVP-Mitglieder diesen zustimmten.

### Mittlere Ausschläge: Abstimmungen 3, 5 und 7

<b>97.028</b>	<b>Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>		
3	Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3104</a>	02.06.1999

Die CVP stellte sich grundsätzlich hinter die Förderabgabe zugunsten erneuerbaren Energien als Gegenentwurf zur Solar-Initiative. Dennoch stimmten 9 CVP-Mitglieder, sprich rund ein Drittel der CVP in der Gesamtabstimmung gegen die Förderabgabe.

<b>05.057</b>	<b>Umsetzung CO<sub>2</sub>-Gesetz</b>		
5	CO <sub>2</sub> -Abgabe vs. Klimarappen II	Ref. <a href="#">3103</a>	23.03.2006

Die CVP setzte sich in der Debatte klar für die CO<sub>2</sub>-Abgabe und damit gegen den Rückweisungsantrag zugunsten eines Klimarappen II ein. Letzterer sei nicht mit der vertraglich eingegangenen Verpflichtung im Kyoto-Protokoll vereinbar und habe keine Lenkungswirkung im Gegensatz zur CO<sub>2</sub>-Abgabe. Trotz dieser klaren Position stimmte ein Viertel der CVP-Mitglieder für den Rückweisungsantrag und damit gegen die CO<sub>2</sub>-Abgabe.

<b>10.017</b>	<b>Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge»</b>		
7	CO <sub>2</sub> -Reduktion bei Neuwagen bis 2015	Ref. <a href="#">4775</a>	07.12.2010

Bei dieser Frage unterstützte die CVP-Fraktion die Mehrheit und argumentierte gegen eine Verzögerung des Reduktionsziels von 2015 auf 2017. Die entsprechenden Vorgaben könnten bis 2015 mit vernünftigen Massnahmen erreicht werden, wie Fraktionssprecher Ruedi Lustenberger (CVP/LU) in der Detailberatung betonte. Dennoch stimmte knapp ein Viertel der CVP für den Minderheitsantrag und damit für eine Verzögerung bis 2017.

#### **4.4 Das Abstimmungsverhalten im Detail: FDP.Die Liberalen und SVP**

Die SVP stimmte über die 19 Abstimmungen hinweg konsequent gegen Klimaschutz und Energiesicherheit. Die wenigen Ausschläge nach oben befinden sich auf relativ tiefem Niveau zwischen 26 und 29 Prozent (Abstimmung 2 und 14).

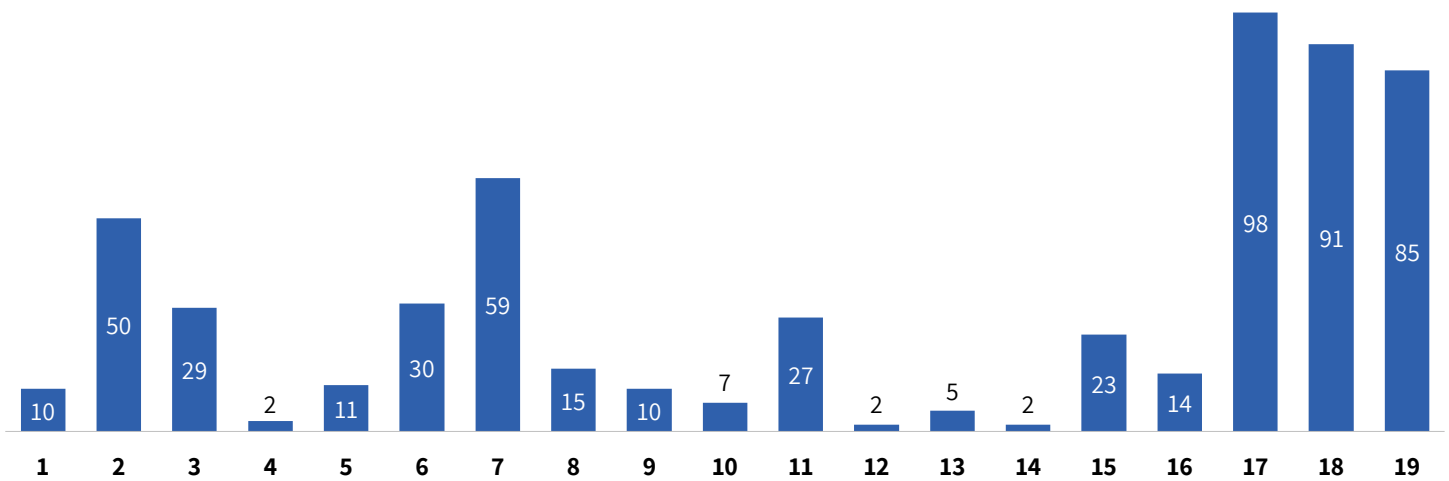
Die FDP.Die Liberalen stimmte ebenfalls grösstenteils gegen Klimaschutz und Energiesicherheit. Im Gegensatz zur SVP weist sie allerdings in Einzelfällen – insbesondere in den jüngsten Abstimmungen – hohe Anteile für Klimaschutz und Energiesicherheit auf.

Im Vergleich der beiden Parteien fällt zudem auf, dass die SVP lediglich in einer Abstimmung (Abstimmung 14) einen höheren Wert als die FDP.Die Liberalen aufweist. Dies lässt sich damit erklären, dass die Abstimmung 14 mit einer parlamentarischen Initiative zusammenhängt, die von der FDP-Fraktion eingereicht wurde. Die FDP.Die Liberalen stimmte entsprechend geschlossen für die parlamentarische Initiative, was als Position gegen Klimaschutz und Energiesicherheit eingestuft wurde. Die Vorlage wurde zwar grundsätzlich auch von der SVP unterstützt, es gab jedoch 14 SVP-Mitglieder, die von der Parteiposition abwichen und gegen die Vorlage stimmten.

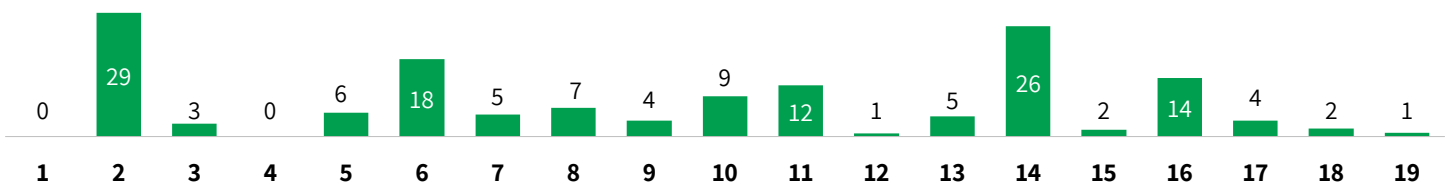
Bemerkenswert ist zudem, dass die SVP bei den jüngsten drei Abstimmungen (Abstimmungen 17, 18, 19), bei denen die FDP.Die Liberalen enorm hohe Anteile für Klimaschutz und Energiesicherheit aufweist, keine Abweichung von ihrem sonstigen Abstimmungsverhalten zeigt.

# Anteil für Klimaschutz und Energiesicherheit FDP.Die Liberalen und SVP | pro Abstimmung in Prozent

## FDP.Die Liberalen



## SVP



### Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen

1 Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (22.09.1998)

### Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»

2 Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien (02.06.1999)

3 Förderabgabe für erneuerbare Energien (02.06.1999)

### Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»

4 Annahme der Volksinitiative (06.03.2001)

### Umsetzung CO<sub>2</sub>-Gesetz

5 CO<sub>2</sub>-Abgabe vs. Klimarappen II (23.03.2006)

### Stromversorgungsgesetz und Elektrizitätsgesetz

6 Förderung des sparsamen Energieverbrauchs (11.12.2006)

### Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge»

7 CO<sub>2</sub>-Reduktion bei Neuwagen bis 2015 (07.12.2010)

### Volksinitiative «Für ein gesundes Klima»

8 Erhöhung der Beiträge für das Gebäudeprogramm (13.09.2011)

### Energiestrategie 2050

9 Abschwächung Energie- und Stromverbrauchsrichtwerte (01.12.2014)

10 Erhöhung Netzzuschlag (02.12.2014)

11 Einführung von Energieeffizienzmassnahmen (03.12.2014)

12 Stopp der Einspeisevergütung (02.03.2016)

13 Mehr Stromeffizienz bei den Endkunden (02.03.2016)

### Pa. Iv. «Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung»

14 Abschaffung KEV und Gebäudeprogramm (01.12.2015)

### Genehmigung Pariser Klimaabkommen

15 Senkung CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel bis 2030 (02.03.2017)

### CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020

16 CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Gebäude beim Heizungersatz (04.12.2018)

17 Eintreten auf Vorlage (09.06.2020)

18 Streichung des Inlandziels (09.06.2020)

19 Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (10.06.2020)

#### 4.4.1 Detailanalyse FDP.Die Liberalen

##### Grosse Ausschläge: Abstimmungen 17, 18, 19

<b><u>17.071</u></b>	<b>CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020</b>		
17	Eintreten auf Vorlage	Ref. <a href="#">20504</a>	09.06.2020
18	Streichung des Inlandziels	Ref. <a href="#">20508</a>	09.06.2020
19	Erhöhung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	Ref. <a href="#">20550</a>	10.06.2020

Die FDP.Die Liberalen grenzte sich in der parlamentarischen Beratung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020 deutlich von der Klimapolitik der SVP ab. Im Gegensatz zur SVP, welche die Vorlage auch beim zweiten Versuch grundsätzlich ablehnte, vertrat die FDP.Die Liberalen die Position, dass diese Vorlage einer verantwortungsvollen Klimapolitik entsprechen würde. Die grosse Mehrheit der FDP.Die Liberalen unterstützte daher den vorliegenden Entwurf (Abstimmung 17) und auch die darin enthaltenen Kernpunkte wie das Inlandziel (Abstimmung 18) sowie die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (Abstimmung 19).

##### Mittlere Ausschläge: Abstimmungen 2 und 7

<b><u>97.028</u></b>	<b>Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>		
2	Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3083</a>	02.06.1999

Von den insgesamt 41 Mitgliedern der FDP.Die Liberalen haben lediglich 5 Personen Ja und 5 Personen Nein gestimmt. 24 Personen haben sich ihrer Stimme enthalten, 6 waren entschuldigt und 1 Person hat nicht an der Abstimmung teilgenommen. In der Debatte setzte sich die FDP.Die Liberalen vehement für eine Reduktion der Förderabgabe auf 0.2 Rappen pro kWh ein bzw. für Nichteintreten auf den Gegenvorschlag zur Solar-Initiative. Die FDP.Die Liberalen wehrte sich also grundsätzlich gegen die Einführung dieser Förderabgabe zugunsten erneuerbarer Energien und bezeichnet diese als «neue Steuer». Die FDP.Die Liberalen glaubte zudem nicht an den Fördereffekt dieser Abgabe und hielt das Ganze für ein nicht dringend notwendiges Steuer- und Subventionierungsprojekt.

<b><u>10.017</u></b>	<b>Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge»</b>		
7	CO <sub>2</sub> -Reduktion bei Neuwagen bis 2015	Ref. <a href="#">4775</a>	07.12.2010

In dieser Frage zeigte sich die FDP.Die Liberalen gespalten. Zum einen setzte sich Christian Wasserfallen (FDP.Die Liberalen/BE) als Wortführer stark für die Minderheit ein, die eine Verzögerung des Reduktionsziels von 2015 auf 2017 forderte. Die Mehrheit der FDP-Fraktion beschloss jedoch die Ja-Parole zum Gegenvorschlag zur Volksinitiative und unterstützte damit auch das Reduktionsziel für Personenwagen bis zum Jahr 2015. Begründet wird dies einerseits mit der Notwendigkeit, keinen Schweizer Alleingang zu wählen, sondern die Gesetze EU-kompatibel auszugestalten. Weiter ist eine Mehrheit der FDP.Die Liberalen der Ansicht, die technologische Entwicklung gehe ohnehin in diese Richtung und deshalb stelle das Reduktionsziel kein Problem für die Automobilhersteller dar.



## Kleinere Ausschläge: Abstimmungen 3, 6, 11 und 15

<b>97.028 Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>			
3	Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3104</a>	02.06.1999

Die FDP.Die Liberalen war in dieser Frage mit 8 Ja-Stimmen gegenüber 20 Nein-Stimmen gespalten. Die Mehrheit der FDP.Die Liberalen lehnte den Gegenvorschlag ab, da es sich gemäss Fraktionssprecher Ulrich Fischer-Seengen (FDP.Die Liberalen/AG) um eine «neue Steuer» handle. Zudem wurde aus Sicht der FDP.Die Liberalen befürchtet, dass die Förderabgabe zwar laut Gesetz zeitlich befristet gilt, in der Praxis aber nicht mehr aufgehoben werde. Trotz dieser Bedenken unterstützten ein Teil der FDP.Die Liberalen die Förderabgabe, da sie den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz als wichtiges Anliegen erachteten.

<b>04.083 Stromversorgungsgesetz und Elektrizitätsgesetz</b>			
6	Förderung des sparsamen Energieverbrauchs	Ref. <a href="#">3611</a>	11.12.2006

Die FDP.Die Liberalen unterstützte offiziell die Minderheit, es hielten sich aber nicht alle Parteimitglieder an diese Position. Drei Viertel der FDP.Die Liberalen (21 Personen) stimmte für die Minderheit und damit gegen Verpflichtungen der Stromversorgungsunternehmen im Bereich der Energieeffizienz. Ein Viertel (7 Personen) der Partei folgte der Mehrheit, ohne sich in der Debatte entsprechend zu äussern.

<b>13.074 Energiestrategie 2050</b>			
11	Einführung von Energieeffizienzmassnahmen	Ref. <a href="#">11180</a>	03.12.2014

Die FDP.Die Liberalen habe grundsätzlich eine positive Grundhaltung zu Vorhaben im Bereich Effizienzvorgaben, wie Fraktionssprecher Peter Schilliger (FDP.Die Liberalen/LU) in der Debatte ausführte. Im Hinblick auf die Effizienzziele für den Elektrizitätsverbrauch sei das geplante Vorhaben aber nicht kompatibel mit der beschlossenen Strommarktliberalisierung. Mit dieser Argumentation unterstützte die FDP.Die Liberalen offiziell die Kommissionsmehrheit, die diese Vorgabe streichen wollte. Dennoch stimmte ein Viertel der FDP.Die Liberalen (7 von 28 Personen) für die Minderheit bzw. für die Einführung von Energieeffizienzmassnahmen.

<b>16.083 Genehmigung Pariser Klimaabkommen</b>			
15	Senkung CO <sub>2</sub> -Reduktionsziel bis 2030	Ref. <a href="#">14697</a>	02.03.2017

Die FDP.Die Liberalen erachtete das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Reduktionsziel von 50 Prozent bis ins Jahr 2030 als nicht erfüllbar und reichte daher im Namen von Peter Schilliger (FDP.Die Liberalen/LU) den Minderheitsantrag ein, dieses Ziel auf 40 Prozent herabzusetzen. Begründet wurde dieser Antrag mit dem überproportionalen Bevölkerungswachstum der Schweiz sowie der grossen Abhängigkeit von Importen. 6 Mitglieder der FDP.Die Liberalen stimmten dennoch mit der Kommissionsmehrheit. Ein Fünftel der FDP.Die Liberalen wich somit von der Parteiposition ab.

#### 4.4.2 Detailanalyse SVP

##### Mittlere Ausschläge: Abstimmungen 2 und 14

<b><u>97.028</u></b>	<b>Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>		
2	Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <u>3083</u>	02.06.1999

Dieser Ausreisser hängt damit zusammen, dass 10 Mitglieder der SVP für die Reduktion der Förderabgabe stimmten, sich jedoch 14 Mitglieder enthielten. Der Parteiwert von 29 Prozent resultiert aus diesen 14 Enthaltungen.

<b><u>14.436</u></b>	<b>Pa. Iv. «Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung»</b>		
14	Abschaffung KEV und Gebäudeprogramm	Ref. <u>12628</u>	01.12.2015

Dieser verhältnismässig hohe Wert (26%) stellt die einzige Abstimmung dar, in der die SVP einen deutlich höheren Parteiwert als die FDP.Die Liberalen (2%) erreicht. Wie oben bereits erwähnt, liegt dies daran, dass es sich um eine parlamentarische Initiative der FDP.Die Liberalen handelt. Während die FDP.Die Liberalen geschlossen für die Vorlage und damit gegen Klimaschutz und Energiesicherheit stimmte, war es auf Seiten der SVP lediglich die Mehrheit mit 45 Mitgliedern gegenüber 14 Personen, welche die Vorlage ablehnten.

## 5 Fazit

Die Analyse des Abstimmungsverhaltens der grossen Parteien zur Energiepolitik im Zeitraum 1998 bis 2020 zeigt ein deutliches Bild. Die Grünen, die GLP, die SP, die EVP und die BDP setzten sich durchwegs stark für Klimaschutz und Energiesicherheit ein. Erstaunlich ist, wie ähnlich das Abstimmungsverhalten der klar links positionierten Parteien SP und Grünen mit demjenigen der politisch in der Mitte verorteten Parteien GLP, EVP und BDP ist. Diese Parallelen lassen den Schluss zu, dass es sich bei den 19 Abstimmungen nicht um klassisch linke Anliegen handelt, die primär den Forderungen von SP und Grünen entsprechen.

Dagegen verzögerten SVP und FDP. Die Liberalen die Bemühungen hinsichtlich Klimaschutz und Energiesicherheit in den letzten beiden Jahrzehnten. Bei der FDP. Die Liberalen lohnt sich aber ein sorgfältiger Blick auf das Abstimmungsverhalten: Während die freisinnige Partei in den ersten 16 Abstimmungen mit zwei Ausnahmen deutlich gegen Klimaschutz und Energiesicherheit stimmte, zeigen die jüngsten drei Abstimmungen zum CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020 ein komplett anderes Bild. Ob es sich hierbei um eine grundsätzliche Positionsverschiebung der FDP. Die Liberalen in Richtung Klimaschutz und Energiesicherheit oder lediglich um eine durch äussere Umstände – die Klimabewegung dominierte im Sommer 2020 die Schlagzeilen – motivierte Abweichung handelt, wird die Zukunft zeigen.

Bei der SVP ist bemerkenswert, dass sich die Haltung gegen Klimaschutz und Energiesicherheit über sämtliche Abstimmungen hinweg konsequent hält. Obwohl die Schweizer Volkspartei in den Debatten zur Energiepolitik jeweils betont, wie wichtig ihr die Schweizer Unabhängigkeit sei, stimmte sie durchwegs gegen den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Stärkung der Energieeffizienz.

Die CVP – heute «Die Mitte» – entscheidet von Fall zu Fall, ob sie für oder gegen Klimaschutz und Energiesicherheit einsteht. Sie war in den letzten zwei Jahrzehnten denn auch ausschlaggebend dafür, ob eine Vorlage für Klimaschutz und Energiesicherheit im Nationalrat eine Mehrheit fand oder nicht: In 13 von 19 Abstimmungen entschied die CVP die Mehrheitsverhältnisse. Da die CVP in der Mehrheit der Fälle Stellung für Klimaschutz und Energiesicherheit bezog, resultierte in 15 von 19 Abstimmungen eine Mehrheit zugunsten von Klimaschutz und Energiesicherheit. Zudem zeigt sich bei der CVP, dass die Anteile für Klimaschutz und Energiesicherheit im Laufe der Jahre tendenziell zunehmen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Fusion der CVP mit der BDP zur Partei «Die Mitte» dazu führen dürfte, dass diese Tendenz bezüglich Klimaschutz und Energiesicherheit in Zukunft anhält. Sollte sich die Wende, die sich bei der Position der FDP. Die Liberalen abzeichnet, längerfristig bestätigen, könnte dies jedoch dazu führen, dass die CVP bzw. Die Mitte in Zukunft nicht mehr alleine das «Zünglein an der Waage» ist, wenn es um Klimaschutz und Energiesicherheit geht.

## 6 Projektteam



### **Jonas Schälle**

Sozialwissenschaftler mit Schwerpunkten in Sozialanthropologie und Geschichte an der Universität Bern, Weiterbildung in Permakultur

[schaelle@politimpuls.ch](mailto:schaelle@politimpuls.ch)

+41 31 313 34 43



### **Carole Gauch**

Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin mit Weiterbildungen in strategischem Kommunikationsmanagement, Projektmanagement (IPMA) und digital Marketing in NPO

[gauch@politimpuls.ch](mailto:gauch@politimpuls.ch)

+41 31 313 34 30

### **politimpuls GmbH**

Wir halten Sie über die aktuellen politischen Entscheide auf dem Laufenden, entwickeln gemeinsam mit Ihnen die passende Strategie und begleiten Sie in der Umsetzung Ihrer Kampagne. Wir führen Geschäftsstellen von Organisationen und geben unser Wissen in Kursen weiter. Im Zusammenspiel mit uns erzielen Sie Wirkung in Politik und Gesellschaft.

## **7 Anhang**

### **7.1 Relevante Volksabstimmungen 1998-2020**

#### **2017:**

- Energiegesetz (EnG) vom 30.09.2016 (angenommen am 21.05.2017)

#### **2016:**

- Volksinitiative vom 16.11.2012 «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» (abgelehnt am 27.11.2016)

#### **2003:**

- Volksinitiative 'Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)' (abgelehnt am 18.05.2013)
- Volksinitiative 'Moratorium Plus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (MoratoriumPlus)' (abgelehnt am 18.05.2003)

#### **2002:**

- Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) (abgelehnt am 22.09.2002)

#### **2001:**

- Volksinitiative 'für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern!' (abgelehnt am 02.12.2001)

#### **2000:**

- Volksinitiative 'für einen Solarrappen (Solar-Initiative)' (abgelehnt am 24.09.2000)
- Verfassungsartikel über eine Förderabgabe für erneuerbare Energien (Gegenentwurf zur Volksinitiative 'für einen Solarrappen (Solar-Initiative)' (Abgelehnt am 24.09.2000)
- Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt (Gegenentwurf zur zurückgezogenen 'Energie-Umwelt-Initiative') (abgelehnt am 24.09.2000)

## 7.2 Relevante Volksinitiativen 1998-2020

### 2016:

- Für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung (Stromeffizienz-Initiative) (zurückgezogen aufgrund «Energiestrategie 2050» am 06.10.2016)
- Volksinitiative vom 16.11.2012 «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» (abgelehnt in Volksabstimmung am 27.11.2016)

### 2013:

- Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative) (zurückgezogen aufgrund indirekter Gegenvorschlag bzw. Revision des Energiegesetzes am 25.10.2013)

### 2012:

- Für ein gesundes Klima (zurückgezogen aufgrund indirekter Gegenvorschlag bzw. Bundesgesetz über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (CO<sub>2</sub>-Gesetz) am 13.04.2012)

### 2003:

- Volksinitiative 'Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)' (abgelehnt in Volksabstimmung am 18.05.2013)
- Volksinitiative 'Moratorium Plus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (MoratoriumPlus)' (abgelehnt in Volksabstimmung am 18.05.2003)

### 2001:

- Volksinitiative 'für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern!' (abgelehnt in Volksabstimmung am 02.12.2001)

### 2000:

- Volksinitiative 'für einen Solar-Rappen (Solar-Initiative)' (abgelehnt in Volksabstimmung am 24.09.2000)
- Volksinitiative 'für die Belohnung des Energiesparens und gegen die Energieverschwendung (Energie-Umwelt-Initiative)' (zurückgezogen aufgrund indirekter Gegenvorschlag bzw. Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt am 24.09.2000)

## 7.3 Abstimmungsprotokolle

In der folgenden Tabelle sind die Abstimmungsprotokolle der 19 ausgewählten Abstimmungen verlinkt:

		Abstimmung	Datum
<b><u>97.030</u></b>	<b>Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>		
1	Einführung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	Ref. <a href="#">2307</a>	22.09.1998
<b><u>97.028</u></b>	<b>Volksinitiativen «Energie-Umwelt- und Solar-Initiative»</b>		
2	Reduktion der Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3083</a>	02.06.1999
3	Förderabgabe für erneuerbare Energien	Ref. <a href="#">3104</a>	02.06.1999
<b><u>98.029</u></b>	<b>Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern»</b>		
4	Annahme der Volksinitiative	Ref. <a href="#">1171</a>	06.03.2001
<b><u>05.057</u></b>	<b>Umsetzung CO<sub>2</sub>-Gesetz</b>		
5	CO <sub>2</sub> -Abgabe vs. Klimarappen II	Ref. <a href="#">3103</a>	23.03.2006
<b><u>04.083</u></b>	<b>Stromversorgungsgesetz und Elektrizitätsgesetz</b>		
6	Förderung des sparsamen Energieverbrauchs	Ref. <a href="#">3611</a>	11.12.2006
<b><u>10.017</u></b>	<b>Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge»</b>		
7	CO <sub>2</sub> -Reduktion bei Neuwagen bis 2015	Ref. <a href="#">4775</a>	07.12.2010
<b><u>09.067</u></b>	<b>Volksinitiative «Für ein gesundes Klima»</b>		
8	Erhöhung der Beiträge für das Gebäudeprogramm	Ref. <a href="#">6045</a>	13.09.2011
<b><u>13.074</u></b>	<b>Energiestrategie 2050</b>		
9	Abschwächung Energie- und Stromverbrauchsrichtwerte	Ref. <a href="#">11103</a>	01.12.2014
10	Erhöhung Netzzuschlag	Ref. <a href="#">11162</a>	02.12.2014
11	Einführung von Energieeffizienzmassnahmen	Ref. <a href="#">11180</a>	03.12.2014
12	Stopp der Einspeisevergütung	Ref. <a href="#">12960</a>	02.03.2016
13	Mehr Stromeffizienz bei den Endkunden	Ref. <a href="#">12966</a>	02.03.2016
<b><u>14.436</u></b>	<b>Pa. Iv. «Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung»</b>		
14	Abschaffung KEV und Gebäudeprogramm	Ref. <a href="#">12628</a>	01.12.2015
<b><u>16.083</u></b>	<b>Genehmigung Pariser Klimaabkommen</b>		
15	Senkung CO <sub>2</sub> -Reduktionsziel bis 2030	Ref. <a href="#">14697</a>	02.03.2017
<b><u>17.071</u></b>	<b>CO<sub>2</sub>-Gesetz nach 2020</b>		
16	CO <sub>2</sub> -Grenzwerte für Gebäude beim Heizungersatz	Ref. <a href="#">17934</a>	04.12.2018
17	Eintreten auf Vorlage	Ref. <a href="#">20504</a>	09.06.2020
18	Streichung des Inlandziels	Ref. <a href="#">20508</a>	09.06.2020
19	Erhöhung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	Ref. <a href="#">20550</a>	10.06.2020